

## AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

26. Januar 2022  
1.2022

Alles wird teurer: 2021 lag die Inflationsrate bei 3,1 Prozent, so hoch wie seit 1993 nicht mehr. Für 2022 werden Preissteigerungen in ähnlichem Umfang vorausgesagt. Besonders stark verteuert haben sich Strom, Gas, Benzin, Heizöl und Gemüse. Nahrungsmittel waren im Dezember um 6 Prozent teurer, Energie sogar um 18 Prozent. Wer ein niedriges Einkommen oder eine kleine Rente bekommt, muss einen deutlich größeren Teil seines Geldes für Miete, Essen und Heizung ausgeben und ist deutlich stärker von der Teuerung betroffen. Bezieher\*innen von Grundsicherung, Arbeitslosengeld, Rente und Bafög erleben eine faktische Kürzung ihrer Bezüge, wenn die staatlichen Zahlungen nicht schnell angepasst werden – dabei hat das Geld schon vorher oft kaum zum Leben gereicht.



Die bisherige Erhöhung von Hartz-IV um 3 Euro liegt mit 0,7 Prozent weit unterhalb der Teuerungsrate, Bezieher\*innen der Grundsicherung bekommen also noch weniger als früher. Auch der für Sommer angekündigte Heizkostenzuschuss von 135 Euro für Wohngeldempfänger\*innen geht am Ausmaß des Problems völlig vorbei. Nur ein kleiner Teil der Haushalte erhält Wohngeld, die Regierung spricht von 700 000. Aber mehr als 13 Millionen Menschen sind von Armut bedroht (Paritätischer Armutsbericht 2021). Außerdem reicht ein einmaliger Zuschuss nicht, um die dauerhaft steigenden Kosten auszugleichen. Viele Energieversorger haben dauerhaft höhere Preise und Vorauszahlungen angekündigt. Zudem kommt eine Auszahlung im Sommer zu spät, wer wenig verdient,

Preise steigen – LINKES Entlastungspaket:

# Löhne hoch, Reiche besteuern

hat meist keine Rücklagen. Höhere Vorauszahlungen werden aber jetzt fällig.

Die Hoffnung der Regierung auf »Steuerung« der Preise über Marktanreize müssen viele Verbraucher\*innen nun mit deutlich höheren Lebenshaltungskosten bezahlen. Währenddessen steigen die Vermögen und Einkommen der Anteilseigner von Energie- und Lebensmittelkonzernen weiter in den Himmel. Das zeigt: Der Markt regelt es nicht.

Die LINKE sagt: Es kann nicht sein, dass ärmere Menschen sich in diesem reichen Land keine warme Wohnung leisten oder kein Gemüse mehr kaufen können. Niemand soll hungern, frieren oder in einer dunklen Wohnung sitzen müssen!

### Wir fordern sofort:

■ Gegen Armut hilft Geld: **Einmalzahlung von 200 Euro** an alle Menschen, die unter der Armutsrisikoschwelle liegen. Ein solcher Entlastungsbonus wäre eine schnelle Entlastung für die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Familien mit geringen Einkommen profitieren besonders: Eltern erhalten die 200 Euro auch für ihre Kinder. Das Geld muss sofort ausgezahlt werden.

■ **Hartz-IV ist zu niedrig! Die Inflationsrate muss sofort ausgeglichen und dann um weitere 200 Euro erhöht werden.** Der Satz muss armutsfest sein und das tatsächliche sozioökonomische Existenzminimum abdecken. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat ausgerechnet: Ohne kleinzurechnen, müsste der **Hartz-IV-Satz bei 678 Euro** liegen!

■ Für Menschen im Grundsicherungsbezug müssen die tatsächlichen Energiekosten übernommen werden.

■ **Wohngeld** soll auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt werden, also auch Warmwasser und Heizkosten umfassen. Zudem soll es um eine Komponente für Stromkosten erweitert werden. Wer in energetisch sanierten Wohnungen eine höhere Miete zahlt, muss einen Zuschuss für die Sanierungskosten bzw. die daraus folgenden höheren Mietkosten erhalten (»Klimawohngeld«).

■ **Verbot von Strom- und Gassperren** für alle Privathaushalte.

■ **Strom- und Gasanbieter** werden verpflichtet, Privatkunden ein **Grundkontingent kostenlos** oder kostengünstig

anzubieten. Alles, was über den durchschnittlichen Verbrauch hinausgeht, wird im Gegenzug teurer. Das entlastet Menschen mit geringen Einkommen und schafft Anreize für klimaschonendes Verhalten.

■ Der **CO<sub>2</sub>-Preis** für das Heizen muss **vollständig von den Vermietern gezahlt** werden. Als Anreiz zum Austausch alter Heizungen kann er nur bei den Vermietern wirken. Mieter\*innen haben keinerlei Einfluss auf die Art der Heizung in ihren Wohnungen.

■ **Kein Tarifabschluss unterhalb der Inflationsrate!** Dazu gehören Tariftrugesetze für öffentliche Aufträge, leichtere Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen und die Fortgeltung von Tarifverträgen bei Auslagerung auf Subunternehmer.

■ Steuerfreibetrag auf 14.400 Euro im Jahr anheben! Diese **Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen** erhöht die Kaufkraft. Im Gegenzug braucht es endlich eine **höhere Besteuerung hoher Einkommen und großer Vermögen**.

Ich möchte weitere Informationen

- Bitte schickt mir weitere Informationen zum Thema.
- Ich will Mitglied der LINKEN werden!

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

E-Mail

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und den Gliederungen entsprechend den Bestimmungen der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke des Nachweises der Mitgliedschaftsvoraussetzung, der Nachweisführung gemäß Parteiengesetz, der statistischen Auswertung und innerparteilichen Kommunikation verarbeitet. Weitere Hinweise zur Datenverarbeitung und Ihren Rechten unter [www.die-linke.de/datenschutz](http://www.die-linke.de/datenschutz)

**DIE LINKE** Bundesgeschäftsstelle  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
**Mehr Informationen unter:**  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), [kontakt@die-linke.de](mailto:kontakt@die-linke.de)

**DIE LINKE.**

